



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XV/66 - 19. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Am Ende des Rechnungsjahres</u> Von H.G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages	67
3	<u>Auch Skandinavien blickt auf Genf</u> Undén und Lange zum Abrüstungsproblem Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner	39
4	<u>Organe des öffentlichen Gewissens?</u> Um den Schutz der Menschenrechte Von Bruno Kuster, Genf	47
5	<u>Juden unerwünscht?</u> Von Dr. Adolf Arndt, MdB	35
6	<u>Unangebrachter Wirbel</u> Die SPD und ihre Kritiker	40

* * *

* * *

Am Ende des Rechnungsjahres

Von H.G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses
des Deutschen Bundestages

In wenigen Tagen geht das Rechnungsjahr 1959 zu Ende und das wegen der Gleichsetzung mit dem Kalenderjahr nur 9 Monate währende Rechnungsjahr 1960 beginnt am 1. April 1960. Die angespannten Bemühungen des Haushaltsausschusses lassen bis jetzt die Hoffnung zu, daß der Bundeshaushalt von rund 43 Milliarden DM des Rechnungsjahres 1960, von dem mit wenigen Ausnahmen nur 9/12 Einnahme und Ausgabe zu erwarten sein werden, noch vor den Osterferien des Parlaments verabschiedet werden wird. Wenn am Abend des 31. März die Bücher der Bundeskasse geschlossen werden, wird wenige Tage später der Bundesfinanzminister in der Lage sein, den endgültigen Abschluß der Rechnung 1959 einigermaßen zu übersehen. In Veröffentlichungen und Presseberichten der letzten Zeit war, was ich an anderer Stelle bereits kritisch festgestellt habe, in bezug auf die Leistungsfähigkeit des Haushalts 1959 eine gewisse Tendenz unverkennbar. Es entstand der Eindruck, als ob der Haushalt 1959 mit einem nicht unerheblichen Defizit enden würde.

Im Gegensatz dazu habe ich darauf hingewiesen, daß die unerwartet hohen Mehreinnahmen auf steuerlichem Gebiet dann einen Abschluß ohne Defizit garantieren werden, wenn keine rückwirkenden Belastungen hinzukommen. Und dies trotz der Tatsache, daß im Jahre 1959 millionenschwere Zahlungen geleistet wurden, die spätere Rechnungsjahre belasten sollten.

Dem Rechnungsabschluß 1959 steht auf der Einnahmeseite den erwähnten erheblichen Verbesserungen auf dem Gebiete der Mehreinnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Tabaksteuer etc. mit schätzungsweise 1,8 Milliarden DM die Mindereinnahme gegenüber, die der außerordentliche Haushalt wegen des Mißerfolgs der Bundesregierung auf dem Anleihemarkt erzielt hat.

Von den im Haushalt 1959 veranschlagten drei Milliarden Darlehnsaufnahme hat die Bundesregierung nicht ganz eine Milliarde hereingebracht. Es wird ihr voraussichtlich gelingen, noch rund 200 Millionen bis zum Ende des Rechnungsjahres als weitere Kreditmittel in Einnahme

zu verbuchen, so dass auf diesem Gebiet eine Mindereinnahme von etwa 1,8 Milliarden DM verbleibt. Diese Mindereinnahme wird durch die erwähnten Steuermehraufkommen von 1,8 Milliarden DM ausgeglichen.

Im Laufe des Jahres sind Mehrausgaben hinzugekommen, die eine Verschlechterung des ursprünglichen Ausgabeansatzes brachten. Diesen Mehrausgaben, deren Summe noch nicht bekannt ist, stehen Minderausgaben gegenüber. So wurde die allgemeine Sperre kürzbarer Haushaltsansätze durch Kabinettsbeschluss von 6% auf 9% erhöht. Es konnten auch Einsparungen bei Personalansätzen durchgeführt werden, so daß im ganzen der voraussichtliche Rechnungsjahresabschluss 1959 in Einnahmen und Ausgaben ungefähr ausgeglichen sein wird.

Diese an sich erfreuliche Feststellung hat jedoch einen bitteren Beigeschmack. Die Öffentlichkeit weiß, dass die Bundesregierung gewisse Schuldverpflichtungen gegenüber Amerika, England und Frankreich vorzeitig bezahlt hat und dass hierdurch die Mittel weggenommen wurden, die sonst für die Bestreitung von Ausgaben auf anderen Gebieten, insbesondere zugunsten der Verbesserung der Kriegsopferversorgung, zur Verfügung gestanden hätten. Jeder verantwortungsbewusste Finanzpolitiker wird Wert darauf legen müssen, den Bestimmungen des Grundgesetzes Rechnung zu tragen und einen ausgeglichenen Haushalt verlangen.

Das Problem liegt jedoch in jedem Fall darin, auf welche Weise der Haushaltsausgleich schon im Ansatz des Voranschlages als auch im Ergebnis der Rechnung zustande kommt. Hier unterscheiden sich die Auffassungen, hier trennen sich die Geister. Die Opposition im Bundestag hat den Maßnahmen der Bundesregierung widersprochen, als sie die Kriegsopferversorgung hinauszögerte und als sie verfrühte Rückzahlungen an befreundete Staaten im Ausland übernahm. An dieser Entwicklung ist nichts mehr zu ändern. Der Haushaltsabschluss 1959 kann im wesentlichen als befriedigend festgestellt werden. Zu Pessimismus für 1960 ist jede Veranlassung dann gegeben, wenn die Bundesregierung nicht den Mut und den Willen aufbringt, mit gezielten Einzelmaßnahmen eine günstigere Entwicklung des Gesamthaushalts herbeizuführen.

Der Bundesfinanzminister hat in seiner Düsseldorfer Rede erkennen lassen, solche gezielten Einzelmaßnahmen durchzuführen. Es fehlen darin allerdings entscheidende Teile, über die bei der Haushaltsberatung 1960 im Plenum des Bundestages zu sprechen sein wird.

Auch Skandinavien blickt auf Genf

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner

Die Eröffnung der Abrüstungskonferenz und die bevorstehende Gipfelkonferenz haben die Außenminister Schwedens und Norwegens zu Stellungnahmen veranlaßt, die zweifellos Beachtung verdienen.

Undén, der seit vielen Jahren Schwedens allianzfreie Außenpolitik leitet und dessen Urteilsschärfe und Objektivität in Ost und West anerkannt werden, bezeichnete Chruschtschows Idee einer Vollabrüstung binnen vier Jahren als wenig realistisch. Er hofft aber, daß der Sowjetvorschlag Impulse zu Gegenvorschlägen anderer Regierungen gibt, die eine schrittweise Abrüstung - eventuell binnen zehn Jahren - mit einem annehmbaren Kontrollsystem zum Ziele haben. Ein solches Abkommen könne aber nur zustande kommen, wenn zumindest während der ersten Jahre in jeder Abrüstungsphase das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte gewahrt bleibe. Die Sowjetunion sei möglicherweise bereit, einem Abkommen mit einem für den Westen unvollkommenen Kontrollsystem zuzustimmen. Auch ein solches Abkommen wäre zunächst besser als überhaupt keines. Es bestehe die Gefahr, daß der Wunsch nach einem in jeder Hinsicht vollkommenen Abkommen eine in Reichweite liegende weniger vollkommene Lösung verhindert. Die Großmächte nähmen eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie den psychologischen Zeitpunkt für ein Abkommen versäumen würden.

Der schwedische Reichstag hat zu der Frage, ob die Landesverteidigung mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden soll, bisher nicht Stellung genommen, da man hofft, daß Atomwaffenausschuß und Abrüstungskonferenz das wahnsinnige Wettrüsten abschaffen können.

Auch Halvard Lange, der norwegische Außenminister, der in der NATO, bei Rapackis Besuch und bei vielen anderen Anlässen den Wunsch seines Volkes nach Frieden und Entspannung zum Ausdruck brachte, äußerte in einer Rede, daß es von den Ergebnissen der Abrüstungs- und der Gipfelkonferenz abhängt, wie Norwegen zu der NATO-Forderung nach Einführung taktischer Atomwaffen und Verstärkung der konventionellen Streitkräfte Stellung nehmen werde.

In den skandinavischen Zeitungskommentaren wird hervorgehoben, daß die rasche Entwicklung der Waffentechnik, die allen Regierungen über den Kopf zu wachsen droht und selbst die größten Mächte vor immer schwierigere Finanzierungsprobleme stellt, trotz allem gegenseitigen Mißtrauen die Konferenzteilnehmer veranlassen sollte, auch Lösungen zu erwägen, die noch vor kurzem undiskutabel gewesen sind, dies umso mehr, als allen Ländern die große Hilfsaufgabe für die ehemaligen Kolonialvölker gestellt ist und die Sowjetunion ihren Bürgern eine rasche Hebung des Wohlstandes versprochen hat.

Organe des öffentlichen Gewissens?

Von Bruno Kuster, Genf

Die Kommission für Menschenrechte, die gegenwärtig in Genf tagt, befasste sich mit einem ceylonesischen Antrag, der die Bildung nationaler, beratender Komitees zum Schutze der Menschenrechte anregt. Diese aus hervorragenden Persönlichkeiten zusammengesetzten Organe des öffentlichen Gewissens sollen die Regierungen in der Respektierung der Menschenrechte "beraten".

Sogleich stellte sich natürlich die Frage, wie das Verhältnis dieser Ausschüsse zu den Regierungen zu regeln wäre, da es oft ja gerade die Behörden sind, welche die individuellen Rechte der Bürger verletzen. Von britischer Seite wurde deshalb vorgeschlagen, das Gewicht auf "repräsentative Organismen der informierten und unabhängigen öffentlichen Meinung" zu legen. Die östlichen Sprecher äusserten sich zwar grundsätzlich wohlwollend gegenüber dem ceylonesischen Vorschlag, fanden aber den Begriff "unabhängige öffentliche Meinung" völlig unklar, da, wie der ukrainische Vertreter versicherte, der Schutz der Menschenrechte das dringlichste Anliegen des sowjetischen Staates sei. Man solle deshalb den Regierungen die Entscheidung überlassen, ob sie eine Menschenrechtskommission für nötig oder allenfalls für völlig überflüssig erachten...

Trotz der Erläuterung von Sir Samuel Hoare, "unabhängige Meinung" bedeute "losgelöst von der Regierung", bestand A. Fomin (UdSSR) darauf, dass das Wort "unabhängig" zu irrtümlichen Interpretationen Anlass geben könnte, denen seine Regierung natürlich nicht Vorschub leisten möchte.

Da aber einerseits der ceylonesische Antrag offensichtlich noch nicht völlig ausgereift war und andererseits die östlichen Vertreter den Eindruck vermeiden wollten, als widersetzten sie sich etwa dem Schutz der Menschenrechte, kam nach offiziellen Verhandlungen ein einstimmiger Beschluss zustande. Die Kommission empfiehlt dem Wirtschafts- und Sozialrat, die Regierungen aufzufordern, "in geeigneter Weise die Bildung von Organen zu fördern", die sich als lokale oder nationale beratende Ausschüsse der wirksamen Respektierung der Menschenrechte zu widmen hätten. Dabei denkt man, dass diese ihre Tätigkeit einerseits als "Berater" der Regierungen ausüben sollen, andererseits aber auf dem Gebiete der Erziehung der Bevölkerung im Geiste der Erklärung der Menschenrechte. Ferner wurde beschlossen, Informationen über jene Länder zusammenzutragen, wo solche Ausschüsse bereits an der Arbeit sind.

Es gibt wohl kein Land, in welchem solche "Organe des öffentlichen Gewissens" nicht eine heilsame Rolle zu spielen hätten. Voraussetzung ist allerdings, daß sie aus integren, angesehenen Persönlichkeiten zusammengesetzt sind, die sich in ihrem Handeln einzig und allein von der Erklärung der Menschenrechte leiten lassen. Die Dauer der diplomatischen Verhandlungen über diesen Gegenstand könnte wesentlich abgekürzt werden, wenn in einigen Ländern verantwortungsbewusste Menschen einfach die Initiative ergriffen! Man darf das Recht tun, auch wenn noch keine verbindliche Resolution vorliegt...

Juden unerwünscht?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Die Angehörigen einer Reihe von auswärtigen Staaten dürfen in die Bundesrepublik ohne deutsches Visum nicht einreisen. Das ist in Ordnung. Aber allein von Israelis wird von einem "Amt für Ordnung" hierbei ein Kopfgeld von 1 000 DM gefordert. Das Kopfgeld soll angeblich die etwa notwendig werdenden Kosten des Wiederabschiebens sicherstellen, falls dieser Ausländer nicht nachweist, daß er schon eine Schiffs- oder Flugkarte zurück nach Israel besitzt. Ein praktisches Bedürfnis für diese Diskriminierung hat sich bisher nicht gezeigt. Die Diskriminierung unterstellt, daß ein nach Deutschland kommender Israeli nicht nur hierbleiben will, sondern auch sein Verbleiben unerwünscht und lästig ist und es sich bei ihm um einen Schnorrer handelt, der bloß auf fremde Kosten zurückkreist. Sogar Studenten aus Israel hat man bislang so diffamiert.

Ich habe deshalb in der 107. Bundestagssitzung am 16. März die Bundesregierung gefragt, ob sie nicht glaube, daß es "auch eine sittliche Aufgabe" sei, trotz des bedauerlichen Fehlers diplomatischer Beziehungen zum Staate Israel seine "Staatsangehörigen in einer entgegenkommenden und menschlichen Weise" zu behandeln.

Darauf antwortete für die Bundesregierung Staatssekretär Ritter von Lex, die Vorschrift habe

"nur einen Sinn, sicherzustellen, daß der Aufenthalt nicht unbefugt länger ausgedehnt wird, daß keine Arbeit aufgenommen wird."

Wie entsetzlich wäre das also (nach Meinung der Bundesregierung), wenn - Gott behüte! - ein Israeli bei uns Arbeit aufnähme! Da stöhnt man über den Mangel an Arbeitskräften wegen der Vollbeschäftigung. Da verhandelt man mit auswärtigen Staaten, um tausende von Italienern oder Spaniern als Arbeitskräfte zu gewinnen. Aber wir bekreuzigen uns, wenn ein Israeli auf den Gedanken käme, hier uns dadurch lästig zu fallen, daß er Arbeit aufnimmt. Wovor graut man sich dabei? Vor seiner "rassischen" Minderwertigkeit oder vor seiner Intelligenz?

Der Mißstand eines solchen Kopfgeldes für Israelis ist des deutschen Volkes unwürdig. Die Bundesregierung und alle beteiligten Behörden sollten unverzüglich ihre Haltung überprüfen. Der Bundestag muß sich weiter damit beschäftigen.

Unangebrachter Wirbel

sp - Das Wochenende brachte dem Bundesbürger einen Wirbel von Nachrichten und Kommentaren, die den Eindruck erweckten, die SPD habe in Bausch und Bogen ihren im Vorjahr veröffentlichten Deutschlandplan eingestampft. Anlaß dazu gab ein Artikel des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner in "Vorwärts". Wehner hatte die Zeitbedingtheit jenes Vorschlages dargelegt, der als ein Beitrag zur Überwindung der in die Sackgasse geratenen Deutschland-Politik der Bundesregierung gedacht war. Nicht mehr und nicht weniger!

Inzwischen ist ein Jahr vergangen, und selbstverständlich betrachtet es die Opposition nach wie vor als ihre Aufgabe, entsprechend der jetzigen Situation in der internationalen Politik neue Überlegungen darüber anzustellen, welche Möglichkeiten heute für die Erreichung des wichtigsten Zieles der deutschen Politik, der Wiedervereinigung, bestehen.

Die SPD hat sich nicht der Illusion hingeeben, daß ihre Vorschläge zur Überwindung der Spaltung Deutschlands von Adenauer und seinen politischen Freunden auf Anhieb als Ausgangspunkt für neue Verhandlungen über das Deutschland-Problem angenommen würden. Trotzdem hat sie als eine große und verantwortungsbewußte Partei nichts unversucht gelassen, die internationale Deutschland-Diskussion um neue Ideen zu bereichern. Das wird sie auch in Zukunft tun und hierbei stets den internationalen Realitäten Rechnung tragen.

Die hämischen Bemerkungen, die in den letzten Tagen über diese Bemühungen der SPD laut wurden, werden dem Streben der deutschen Sozialdemokratie nicht gerecht. Es berührt aber eigenartig, daß die Abwerter dieses Strebens nach einer aktiven Deutschland-Politik selbst nichts aufzuweisen haben, was geeignet sein könnte, die Fehler der offiziellen Bonner Politik zu korrigieren. Es kommt ihnen auch nicht in den Sinn, die für die Deutschland-Politik verantwortliche Regierung zu fragen, welchen Beitrag sie denn zu leisten gedenkt, um das zentrale Problem der nationalen Existenz unseres Volkes einer Lösung näherzubringen.

Es ist doch so, daß die vor einem Jahr von der SPD geäußerten Bedenken, West und Ost würden sich nur auf Berlin konzentrieren, u.a. auch mangels einer Bonner Initiative, eingetroffen sind. Vor einem Jahr sagte die SPD:

"Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden".

Leider hat dieser Satz - und das ist eine schmerzliche Feststellung - auch noch nach einem Jahr seine Gültigkeit behalten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel